

Donnerstag, 21. Februar 2013, 21:21 Uhr

Flughafen Zweibrücken vor dem Aus?

Eine Bedingung der Grünen für die Rettung des Hunsrück-Flughafens Hahn ist der Ausstieg des Landes aus dem Westpfälzer Airport. 120 Millionen Euro des Nachtragshaushaltes für Rheinland-Pfalz sollen für den Hahn reserviert bleiben.

Über einen Nachtragshaushalt in Höhe von insgesamt 215 Millionen Euro will die rot-grüne Koalition in Rheinland-Pfalz auch den angeschlagenen und verschuldeten Flughafen Hahn retten - für den Airport alleine seien 120 Millionen Euro nötig. Das teilten die Partei- und Fraktionsvorsitzenden von SPD und Grünen gestern nach einer Sitzung des Koalitionsausschusses am Vorabend mit.

Weitere 57 Millionen Euro stellen die Mainzer Koalitionäre für den Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren zur Verfügung, um das Ziel einer Betreuungsquote von 39 Prozent zu erreichen. Den Hochschulpakt stärken sie den Plänen zufolge mit weiteren 30 Millionen Euro. Dafür, dass Asylbewerber künftig Sozialhilfeempfängern finanziell gleichgestellt werden können, wie es das Verfassungsgericht fordert, sollen Kommunen acht Millionen Euro zusätzlich erhalten.

Die Neuverschuldung des Landes wird sich damit in diesem Haushaltsjahr erhöhen. Die Vereinbarung soll am Dienstag im Kabinett verabschiedet und am 6. März im Landtag beraten werden.

Nach RHEINPFALZ-Informationen haben die Grünen im Gegenzug für die Hahn-Rettung gefordert, dass das Land künftig nur noch einen Flughafen betreibt. Das würde bedeuten, dass der Airport in Zweibrücken entweder vom Saarland mitbetrieben wird - oder in letzter Konsequenz, dass der Flugbetrieb eingestellt wird. Noch in diesem Jahr solle eine Entscheidung fallen. Auch Schulden des Zweibrücker Flughafens in Höhe von fünf Millionen Euro im sogenannten Liquiditätspool des Landes werden über den Nachtragshaushalt getilgt oder in reguläre Landesdarlehen umgewandelt. Die Landesregierung verhandelt bereits seit 2011 mit dem Saarland über eine gemeinsame Betriebsgesellschaft.

Infrastrukturminister Roger Lewentz (SPD) befürchtet nicht, dass in Zweibrücken der Flugbetrieb eingestellt wird. Im Koalitionsausschuss sei vielmehr bekräftigt worden, was bereits im Koalitionsvertrag vereinbart worden sei: das Ziel, einen gemeinsamen Betrieb mit dem Flughafen Saarbrücken zu erreichen. Der Weg zu dieser Lösung sei vor dem Regierungswechsel im Saarland bereits sehr weit fortgeschritten gewesen, danach aber ins Stocken geraten. Er sei sicher, dass ein Schließen der Start- und Landebahn in Zweibrücken auch ein Aus für den Flughafen Saarbrücken-Ensheim bedeuten würde, sagte Lewentz. Denn die begrenzte Länge der Landebahn dort erlaube keine Entwicklungsmöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund sei er sicher, dass es schnell zu einer Übereinkunft komme. (kad)
